

**Sonja Amalie Steffen**

- (A) gehen. Ich sagte es bereits: 360 Milliarden Euro wollen verteilt werden.

In den nächsten Wochen liegt viel Arbeit vor uns. Ich freue mich darauf. In diesem Sinne wünsche ich uns gute und erfolgreiche Haushaltsverhandlungen.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Wolfgang Kubicki:**

Vielen Dank, Frau Kollegin Steffen. – Nun spricht zu uns die dafür zuständige Staatsministerin, Frau Professor Monika Grütters.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Monika Grütters**, Staatsministerin bei der Bundeskanzlerin:

Herr Präsident! Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Zurück zur Kultur. Herr Jongen, zwei Zahlen zum Einstieg. Erstens. Mehr als 80 Prozent der Menschen in Deutschland haben laut aktuellem Deutschlandtrend Angst vor einer Spaltung der Gesellschaft. Zweitens. Seit meinem Amtsantritt ist der Kulturretat um mehr als 50 Prozent gestiegen, und er wächst weiter. 2020 wollen wir in der Tat 1,82 Milliarden Euro für Kultur und Medien ausgeben; so sieht es der Regierungsentwurf vor – auch, Herr Jongen, und gerade als Antwort auf die von zu vielen Menschen in Deutschland befürchtete Spaltung unserer Gesellschaft.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

(B)

Denn die Herausforderungen, die diese Angst nähren, sind jedenfalls allein mit den Mitteln der Sozialpolitik und der Innenpolitik nicht zu bewältigen. Das Erstarken von Extremismus, Rassismus, Antisemitismus und Nationalismus, die diffamierende Abwertung anderer Sicht- und Lebensweisen als der eigenen, die Verrohung des öffentlichen Diskurses und, ja, auch die schwindende Bereitschaft, den anderen in seinem Anderssein zu ertragen, sind besorgniserregende und schlimme Entwicklungen.

(Dr. Bernd Baumann [AfD]: Das sagen gerade Sie! Ihr Umgang mit der AfD!)

Sie bedrohen den Kern unserer Demokratie, und das ist der konstruktive Streit, die Suche nach Kompromissen.

Kultur und Medien können dagegen Kräfte entfalten – das hat Johannes Kahrs gerade auch ausgeführt –, und sie gängeln, Herr Jongen, niemanden zu Toleranz und Welt-offenheit. Das ist schon eine verwegene Deutung. Sie lassen vielmehr gedeihen, was unserer Gesellschaft offensichtlich abhandenzukommen droht:

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Verstehen, Verständnis, Verständigung über die Grenzen zwischen sehr unterschiedlichen Lebenswelten hinweg.

(Dr. Bernd Baumann [AfD]: Eben!)

Deshalb wollen wir die Ausgaben dafür weiter erhöhen. Ich danke dem Bundesfinanzminister, dass wir uns zu-

mindest hier im Hause einig sind, einmal mehr in dieser Klarheit zur herausragenden Bedeutung von Kultur und Medien beizutragen. (C)

Verständigung miteinander setzt nämlich zuerst einmal einander verstehen voraus: den Ausblick über den eigenen Tellerrand, den Überblick über die Grautöne zwischen Schwarz und Weiß, auch den Einblick in andere Lebenswelten als die eigene. Über das Engagement in der Filmförderung – die das leisten kann, und deshalb fördern wir Filme ausdrücklich – hinaus erhöhen wir diesmal zum Beispiel den Etat der Deutschen Welle als Botschafterin und Vermittlerin unserer demokratischen Werte im Ausland. Außerdem verdoppeln wir unsere Ausgaben zur Stärkung der Medienkompetenz. Hier geht es auch um den Schutz und die strukturelle Stärkung journalistischer Arbeit und die Unabhängigkeit der Medien. Wir akzeptieren nicht, dass mit Diffamierung und ideologischen Kampfbegriffen Misstrauen geschürt wird gegen unabhängige Berichterstattung.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Benjamin Strasser [FDP])

Die Bereitschaft zur Verständigung erwächst auch aus den Lehren aus unserer Geschichte, liebe Kolleginnen und Kollegen. Die Erinnerung an Leid und Schrecken des 20. Jahrhunderts enthält viele Lektionen des Widerstands gegen Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus und totalitäre Ideen. Unser neues Förderprogramm „Jugend erinnert“ beispielsweise unterstützt NS-Gedenkstätten dabei, innovative Bildungsformate zu entwickeln. Die Mittel dafür werden im kommenden Jahr auf 5 Millionen Euro aufgestockt. Außerdem wollen wir zum ersten Mal gezielt etwas für die Orte der Demokratiegeschichte tun und damit auch die Wertschätzung für demokratische Errungenschaften explizit in den Mittelpunkt stellen. (D)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Nicht zuletzt, meine Damen und Herren, setzt Verständigung Raum für Begegnung und Austausch voraus. Kultur holt Menschen nämlich aus ihren Echokammern heraus. Kulturelle Einrichtungen wie Kinos, Theater, Bibliotheken sind deshalb genauso wichtig wie Schulen und Einkaufsmöglichkeiten; das gilt natürlich für das ganze Land. Selbst wenn manchmal die Hauptstadtberichterstattung mit Humboldt Forum und Einheitsdenkmal die Medien beherrscht: Wir tun sehr viel für die Bundeskulturförderung im ländlichen Raum; Herr Grundl, wir haben da gar nichts gekürzt. 10 Millionen Euro stehen auch 2020 im Rahmen des Programms „Kultur in ländlichen Räumen“ zur Verfügung. Hinzu kommen 15 Millionen Euro aus meinem Etat für das „Zukunftsprogramm Kino“, das ausdrücklich für den ländlichen Raum gedacht ist.

Mit all diesen Maßnahmen, verehrte Kolleginnen und Kollegen, stärken wir die Kräfte der Kultur und Medien, fördern wir Verstehen, Verständnis, Verständigung und damit natürlich den Zusammenhalt, nicht die Spaltung unserer Gesellschaft, die Einladung, nicht die Gängelung zu Weltoffenheit und Toleranz. Zuversicht halte ich je-

**Staatsministerin bei der Bundeskanzlerin Monika Grütters**

(A) denfalls für angebracht, und zwar nicht trotz, sondern wegen der Konflikte; es gibt sie ja überall.

So argumentiert – das muss ich zum Schluss noch sagen – der deutsche Soziologe Aladin El-Mafaalani, Sohn syrischer Einwanderer, in einem wirklich extrem lesenswerten Buch mit dem Titel: „Das Integrationsparadox“ folgendermaßen: Da, wo umso mehr Menschen zuziehen, gibt es natürlich mehr Konflikte, mehr Streit. Aber er sagt: Streitkultur ist die beste Leitkultur.

Investieren wir also in unsere Streitkultur, verehrte Kolleginnen und Kollegen, indem wir Kultur und Medien stärken. In diesem Sinne bitte ich sehr darum, den Haushaltsentwurf für Kultur im Jahr 2020 zu unterstützen, auch in den parlamentarischen Beratungen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

**Vizepräsident Wolfgang Kubicki:**

Vielen Dank, Frau Staatsministerin. – Als nächste Rednerin spricht zu uns die Kollegin Katrin Budde, SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

**Katrin Budde (SPD):**

(B) Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Unbestritten: Der Kulturretat wächst, und es ist auf den ersten Blick auch ein wirklich solider Entwurf – mit Aufwuchs eben. Das ist gut so. Geht man dann ins Detail, werden wir ihn wahrscheinlich unterschiedlich beurteilen.

Neben vielen guten Verstärkungen – Sie haben sie selber aufgeführt –, neben der Umsetzung von Vereinbarungen aus dem Koalitionsvertrag wie dem Förderprogramm „Jugend erinnert“, neben der vereinbarten Ausweitung von Geldern in West und Ost, der gesamten Republik, einem Aufwuchs von 20 Millionen Euro, den Verbesserungen für die Deutsche Welle und dem „Zukunftsprogramm Kino“ fällt aber eben auch etwas anderes ins Auge, und das halte ich für sehr problematisch.

Ich will daran erinnern, dass am Montag dieser Woche vor 30 Jahren die Menschen in Leipzig zum ersten Mal aus der Kirche heraus und auf die Straße gegangen sind. Es hat dann vier Wochen gedauert, bis die friedliche Revolution am 9. Oktober im Grunde überall in der DDR Fahrt aufgenommen hat. Ich muss sagen, es ist sehr unverständlich für mich, dass ich in dem Haushaltsentwurf lesen muss, dass die Mittel für die Bundesstiftung Aufarbeitung, eine Bundesstiftung, um 1 Million Euro gekürzt werden sollen. Wir hatten in den letzten Haushaltsberatungen etwas anderes vereinbart. Wir hatten vereinbart, zumindest für die beiden Jubiläumsjahre jeweils 1 Million Euro draufzulegen und darüber zu reden, wie die Bundesstiftung fortentwickelt werden kann. Nun fehlt das Geld hier im Etat.

(Otto Fricke [FDP]: Das wollte doch Ihr Finanzminister nicht!)

(C) Ob ich da an ein Versehen glaube, weiß ich nicht. Auf jeden Fall gehört das verändert. Ich finde, das ist echt eine Sauerei – um das deutlich zu sagen.

(Otto Fricke [FDP]: Das war doch Ihr Finanzminister!)

Erst einmal ist das ein Haushalt der BKM, und wie das in der Regierung abgeklärt worden ist, ist etwas anderes.

(Otto Fricke [FDP]: Ja, da sollten Sie dafür sorgen, dass das abgeklärt wird!)

Schöne Worte sind jedenfalls nicht ausreichend. Vielmehr ist es wichtig, dass auch entsprechende Mittel im Haushalt vorgesehen sind.

Der Bereich Kultur und Medien hat ja zu Recht seinen Platz in der Generaldebatte; denn man muss sagen: Kunst und Kultur, das Wissen, woher wir kommen, wo wir heute sind, wie wir unsere Umgebung gestalten, die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit, mit der Gegenwart und mit der Zukunft und auch das Lernen daraus, das Verständnis und die Vielfalt der Menschen finden in unseren Regionen statt und prägen Menschen und Gesellschaft. Kunst und Kultur sind wesentliche Lebenselixiere für uns Menschen und die gesamte Gesellschaft.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des Abg. Hartmut Ebbing [FDP])

(D) Wenn wir uns dessen bewusst sind, folgt daraus eigentlich die nächste Frage: Für wen machen wir denn Kunst und Kultur? Für die Menschen, die in den Zentren leben, für die Touristen, die herkommen, weil sie von den kulturellen Zentren angezogen werden? Ja klar, das ist cool, das ist toll. Es braucht diese Leuchttürme der Kultur und eine Vielfalt der Stadtkultur – aber eben nicht nur. Vielmehr braucht es jetzt und in der Zukunft eben auch in der Kultur ein Selbstverständnis wie im Sport, bei dem wir selbstverständlich sagen, dass es den Spitzen- und den Breitensport geben muss. Wir brauchen Kunst und Kultur auch in der Fläche.

(Beifall der Abg. Gitta Connemann [CDU/CSU])

Ich will die Frage ganz offen stellen, die ja unter der Hand von vielen diskutiert wird: Brauchen wir ein zusätzliches neues Museum der Moderne? Es wäre cool, es wäre toll, wenn wir es hätten. Aber wenn das zulasten von allen anderen Projekten geht, dann möchte ich die Regierung wirklich bitten, zu überlegen, ob man da nicht Begrenzungen der Ausgaben einführt,

(Beifall der Abg. Gitta Connemann [CDU/CSU] und Hartmut Ebbing [FDP])

und dann darüber nachzudenken, wie das in die Fläche gegeben werden kann; denn wir sind ein Land, das seit Jahrhunderten und Jahrtausenden Kunst und Kultur, große und bedeutsame nationale Orte und Bewegungen in der Fläche pflegt. Das Geld dafür reicht schon lange nicht mehr.

(Beifall der Abg. Gitta Connemann [CDU/CSU])